

**DOPPEL PUNKT**von  
Rainer Hilpold

## Solidarität wird auf eine neue Probe gestellt

**S**tuff“ – das sind wohl die allermeisten Südtiroler nach Jahren der Pandemie. Stuft von den Einschränkungen. Davon, dass der Tag, an dem plötzlich alles wieder so ist, wie es einmal war, einfach nicht kommen will. Tatsächlich bezieht sich dieses Stuft-Sein sicher auch auf die Solidarität.

Wir haben auch in Südtirol wieder erkennen müssen, was solidarisch verhalten heißt. Solidarität bedeutet Verzicht überwiegend zum Wohle anderer, im Pandemiefall der vulnerablen Gruppen. Bestimmt wünschen sich aktuell viele eine Pause von diesem Solidaritäts-Ausnahmestand. Doch eine solche können wir uns wohl nicht leisten.

**„Der Staat, das Land, die Notenbanken – niemand kann die negativen Effekte der Inflation zur Gänze und für alle abfedern. Auch die Unternehmen nicht, die die Löhne wohl nie in ausreichendem Maße erhöhen dürften.“**

Rainer Hilpold

Mit dem Comeback der hohen Inflationsraten wurde uns als Gesellschaft im fließenden Übergang bereits die nächste Aufgabe gestellt. Sie erfordert Solidarität vor allem gegenüber den sozial Schwächeren.

Niedrige Einkommen treffen die höheren Preise der letzten Zeit, das weiß man, nämlich be-

sonders hart. So geht man etwa davon aus, dass sie im Vergleich zu Besserverdienenden anteilig das Drei- bis Vierfache ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben (müssen).

Selbst wenn sie auf billigere Ersatzprodukte ausweichen, die teurere Grundversorgung können sie nie und nimmer ausgleichen. Kurzum: Für sie gibt es kaum einen Ausweg aus der Teuerungsfalle.

Darum muss der Ansatz vonseiten der öffentlichen Hand auch weiterhin lauten: Niedrigverdiener und ihre Familien zu entlasten, um sie sozial nicht noch weiter zu benachteiligen. Die viel zitierte Mittelschicht, zu der sich alle irgendwie dazuzählen, kann die höheren Kosten durch Verzicht im einen oder anderen Bereich wesentlich leichter stemmen. Da und dort den Rotstift anzusetzen oder das Verhalten leicht anzupassen, kann die Haushaltskasse bereits wirksam entlasten.

Schmerzhaft ist diese Phase der Teuerung für die allermeisten, existenzgefährdend für die allerwenigsten Durchschnittsverdiener. Auch wenn bei der jüngsten AFI-Arbeitnehmerbefragung 34 Prozent angaben, mit ihrem Einkommen nicht mehr auszukommen. Dabei liegt schon irgendwie der Schluss nahe, dass finanzielle Möglichkeiten und Lebensstandard schon länger aus dem Gleichgewicht geraten sind.

Der Staat, das Land, die Notenbanken – niemand kann die negativen Effekte der Inflation zur Gänze und für alle abfedern. Auch die Unternehmen nicht, die die Löhne wohl nie in ausreichendem Maße erhöhen dürften, weil es sich viele selbst nicht leisten können – das zeichnet sich bereits ab. Darum ist weiterhin Solidarität gefragt. Stuft-Sein muss also warten.

rainer.hilpold@athesia.it